

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuss**

16. WP - 87. Sitzung

am Mittwoch, dem 11. März 2009, 10:00 Uhr  
im Sitzungszimmer des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Hans-Jörn Arp (CDU)

Vorsitzender

Johannes Callsen (CDU)

Jürgen Feddersen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

i.V. von Thomas Stritzl

Anette Langner (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Bernd Schröder (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Olaf Schulze (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bildung einer grenzüberschreitenden Arbeitsgruppe zum Ausbau der Infrastruktur im deutsch-dänischen Grenzland</b>	<b>4</b>
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/2379	
<b>2. Ökostrombeschaffung der Landesliegenschaften</b>	<b>9</b>
Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2183	
<b>3. Versorgung mit Postdienstleistungen in Schleswig-Holstein</b>	<b>10</b>
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 16/1848	
<b>4. Stand und Perspektiven der kulturellen Entwicklung Schleswig-Holsteins</b>	<b>11</b>
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD Drucksache 16/2276	
<b>5. Verschiedenes</b>	<b>12</b>

Der Vorsitzende, Abg. Arp, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bildung einer grenzüberschreitenden Arbeitsgruppe zum Ausbau der Infrastruktur im deutsch-dänischen Grenzland**

Antrag der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 16/2379

(überwiesen am 28. Januar 2009 an den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: Umdruck 16/3992

In einem Gespräch auf Einladung des Ausschusses zu den Vorlagen Drucksache 16/2379 und Umdruck 16/3992 führt zunächst Herr Dr. Schack von der IHK Flensburg aus, dass es der IHK zum Thema Infrastrukturplanung darum gehe, bei den Maßnahmen weiter in die Zukunft zu sehen. Es stehe auf bundesdeutscher Seite demnächst ein neuer Bundesverkehrswegeplan an, und dänischerseits gebe es den Plan zum Infrastrukturausbau bis 2020. Anliegen seines Hauses sei es, nun kein weiteres Forum für den allgemeinen Meinungs austausch zu gründen, sondern unter Einbeziehung der Bundesregierung, der dänischen Regierung, der Wirtschaft und der Region Süddänemark eine Arbeitsgruppe zu bilden, in der darüber gesprochen werden könne, welche Infrastrukturprojekte gemeinsam angeschoben und realisiert werden könnten. Dabei sollten also nicht alle Akteure der Region Süddänemark und des nördlichen Teils der Bundesrepublik involviert sein, sondern die Entscheidungsträger. Hintergrund sei hier auch, dass man nach allen vorliegenden Verkehrsprognosen davon ausgehen könne - einmal von den derzeitigen konjunkturellen Schwankungen abgesehen -, dass der Güterverkehr, der zum großen Teil über die Jütland-Route abgewickelt werde, erheblich ansteigen werde, dass man auch unter dem Gesichtspunkt touristischer Aktivitäten auf einen Ausbau und eine Verbesserung der Infrastruktur in diesem Bereich angewiesen sei und dass das auch für den wachsenden Pendlerverkehr Bedeutung habe. Hier vermisse die IHK Flensburg Daten, wie die grenzüberschreitende Infrastruktur aussehen solle.

Herr Schmidt vom Entwicklungsrat Sønderjylland lenkt das Augenmerk auf die seit zwei Jahren auf dänischer Seite existierende Infrastrukturkommission, die auch die Aufgabe habe, Verkehrsmaßnahmen zwischen der Bundesregierung und der Regierung von Dänemark abzustimmen. Konkret arbeite man hier mit der IHK Flensburg zusammen, und in der nächsten

Woche würden Vertreter der Region Süddänemark wiederum nach Kopenhagen fahren, um dort mit den Mitgliedern des Entwicklungsausschusses den aktuellen Stand der Infrastrukturmaßnahmen zu erörtern.

Abg. Harms begründet kurz seinen Antrag Drucksache 16/2379 und weist darauf hin, dass er diese Vorlage eingebracht habe, nachdem eine gemeinsame Konferenz der IHK Flensburg und des Entwicklungsrats Sønderjylland am 15. Dezember 2008 den Wunsch geäußert habe, solch eine Infrastrukturkommission einzurichten. Damals habe er den Eindruck gehabt, dass sich alle Beteiligten darüber einig gewesen seien, welche Projekte angegangen werden sollten, die auch alle in den bekannten Plänen enthalten seien, dass man dabei aber gemerkt habe, dass es bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hake. Die Lobbyarbeit in Berlin und in Kopenhagen funktioniere eben noch nicht optimal. Jede Seite diesseits und jenseits der Grenze habe mehr oder weniger ihre jeweiligen Vorstellungen im Blick. Ihm, Abg. Harms, gehe es aber darum, die hier agierenden Kräfte in einer Arbeitsgruppe zu bündeln.

Herr Spitzer von der IHK Flensburg betont, das, was in der politischen Lobbyarbeit gemacht werde, sei eine Angelegenheit, die im Wege des Meinungsaustauschs gut funktioniere. Es hake jedoch, wenn es aus dem politischen Bereich hinaus in den administrativen Bereich und in die Umsetzung gehe. In Deutschland gebe es bekanntlich den Bundesverkehrswegeplan, die üblichen Planungsperioden und die eigenen Planungsverfahren. Gleiches gelte auf der dänischen Seite. Was aus Sicht der IHK Flensburg fehle, sei eine Gruppe, in der die Entscheider aus dem Wirtschafts- und Verkehrsministerium der Landesregierung, des Landesbetriebs Straßenbau, des Bundesverkehrsministeriums mit den entsprechenden Partnern auf dänischer Seite zusammenarbeiteten und dann konkret über die Projekte, die beiderseits benannt worden seien, die erfasst worden seien, zu sprechen, darüber zu beraten, wie aus jeweils zwei Projekten ein Projekt gemacht werden könne.

Abg. Callsen sieht ebenfalls das Erfordernis, die operative Ebene in den Verfahren weiter zu stärken, die Zusammenarbeit von Kiel, Berlin, Dänemark im Verwaltungsbereich weiter zu intensivieren. Er frage sich jedoch, ob man dazu die Einrichtung einer Arbeitsgruppe, einer Kommission brauche. Für ihn stehe vielmehr konkretes Verwaltungshandeln im Vordergrund, nicht unbedingt die Schaffung eines neuen Gremiums. Angesichts der bevorstehenden Reise des Ministerpräsidenten nach Dänemark, bei der auch das Bemühen um Verbesserung der grenzüberschreitenden Infrastrukturplanungen auf operativer Ebene Thema sein werde, sollte man der Landesregierung den Weg offenlassen, hier mit dem dänischen Partner und mit dem Bundesverkehrsministerium zu einem zielführenden Prozedere zu kommen.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, pointiert, dass es dabei selbstredend nicht um ein Für oder ein Wider der Zusammenarbeit gehe, sondern um die Frage, ob man das weitere Vorgehen zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Infrastrukturplanung institutionell verankere oder ob man die Wahl des Verfahrens zur Zielerreichung der operativen Ebene überlassen wolle.

Abg. Dr. Garg betont, er sei sich gar nicht so sicher, ob Abg. Harms mit seinem Antrag wirklich auf der Bildung einer Arbeitsgruppe beharre. Nach seinem Eindruck gehe es dem SSW vielmehr darum, einen Prozess zu beschleunigen, und in diesem Ziel seien sich doch alle Mitglieder des Wirtschaftsausschusses einig.

Abg. Harms recurriert noch einmal auf den Wunsch der am 15. Dezember 2008 durchgeführten Konferenz von IHK Flensburg und Entwicklungsrat Sønderjylland zur Einrichtung einer solchen Arbeitsgruppe. Wenn man sich heute im Wirtschaftsausschuss darauf einigen könne, dass zumindest schon mal zu einem „einmaligen“ Gespräch eingeladen werde und Vertreter aus Berlin, aus Kopenhagen und von der IHK Flensburg sowie vom Entwicklungsrat Sønderjylland über Möglichkeiten der Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit diskutieren könnten, würde er dies sehr begrüßen. Dabei könnten Überlegungen festgehalten werden, wie man es schaffe, die Projekte in der Region Syddanmark schneller umzusetzen.

Herr Spitzer unterstützt die Zielsetzung, zu einem gemeinsamen Vorgehen beim Infrastrukturausbau in Sønderjylland und in Schleswig-Holstein zu kommen. Er bewertet es jedoch als retardierend, alle Beteiligten zu einer großen Runde einzuladen. Vielmehr tendiere er dazu, ganz konkret von Verkehrsträger zu Verkehrsträger zu schauen und die sich so bildenden unterschiedlichen Gruppen jeweils an einen Tisch zu holen. Der IHK sei das bisherige abgestimmte Agieren, um zu einer grenzüberschreitenden Infrastruktur zu kommen, noch nicht ausreichend. Deshalb sei der Vorschlag auf Einrichtung einer Arbeitsgruppe oder Kommission - wie bereits erwähnt - von der IHK Flensburg und vom Entwicklungsrat Sønderjylland gemacht worden. Sollte es nach den demnächst anstehenden Regierungsgesprächen einen anderen Verfahrensvorschlag geben, so wäre auch die IHK Flensburg dafür offen. Seine Bitte gehe jedoch dahin, darauf zu achten, dass die Planungen beiderseits der Grenze abgestimmt und im Miteinander vollzogen würden.

Abg. Callsen gibt noch einmal seiner Wahrnehmung Ausdruck, dass sich alle Ausschussmitglieder über das Ziel der Bemühungen einig seien. Deshalb plädiere er dafür, den Antrag Umbruck 16/3992 von CDU und SPD anzunehmen, weil der Wortlaut alles das enthalte, was in dieser Sitzung zum Thema operative Verbesserung der grenzüberschreitenden Infrastrukturplanung gesagt worden sei.

Herr Dr. Schack verweist zum Thema „Arbeitsgruppe“ vergleichend auf die guten Erfolge der Arbeitsgruppe „Arbeitsmarkt“, die nach anfänglicher Skepsis erhebliche Verbesserungen bei der Beratung von Grenzpendlern und bei der Initiierung gemeinsamer Aktionen im Bereich des Arbeitsmarkts erzielen konnte.

Abg. Harms unterbreitet sodann den Verfahrensvorschlag, über die vorliegenden Anträge in dieser Sitzung noch nicht abzustimmen, sondern zunächst das Ergebnis der bevorstehenden Regierungsgespräche abzuwarten und dann etwa in einem Monat über diesen Punkt erneut zu beraten. Dem Ministerpräsidenten sollten die Anträge sowie das Resultat der heutigen Ausschussberatung auf den Weg zu seinen Gesprächen mit der dänischen Regierung mitgegeben werden. Das mögliche Ergebnis des Regierungsbesuchs könnte dann in etwa einem Monat auch erkenntnisfördernd bei der Beschlussfassung über die beiden Anträge wirken. Darüber hinaus könne es ja auch sein, dass es bis dahin eine Idee der Landesregierung dazu gebe.

Abg. Callsen spricht sich demgegenüber dafür aus, die Anträge in eine Beschlussempfehlung an den Landtag münden zu lassen, um so der Landesregierung mit dem Inhalt des Antrags Umdruck 16/3992 quasi einen kleinen Auftrag für ihre Gespräche in Dänemark mitzugeben.

Abg. Harms remonstriert, dies reiche ihm nicht aus.

In der dann noch folgenden kurzen Aussprache erheben CDU und SPD ihren Antrag Umdruck 16/3992 durch Erklärung zu Protokoll zu einem eigenständigen Antrag. - Einstimmig unterbreitet der Ausschuss dem Landtag sodann die nachstehende Beschlussempfehlung.

Der Wirtschaftsausschuss bittet den Landtag, wie folgt zu beschließen:

### **Deutsch-dänische Infrastrukturplanung weiter intensivieren**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag bekräftigt den hohen Stellenwert der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur, wie er im „Gemeinsamen Papier zum grenzüberschreitenden Verkehr und Mobilität Schleswig-Holstein und Region Syddanmark“ vom 20. Mai 2008 vereinbart wurde. Vor diesem Hintergrund begrüßt der Landtag das Engagement der Region Schleswig/Sønderjylland und der deutschen und dänischen Wirtschaftsorganisationen für die Verbesserung der Infrastruktur im deutsch-dänischen Grenzland. Er unterstützt die Landesregierung darin, die Anregungen dieser Gremien aufzugreifen und hinsichtlich ihrer verkehrstechnischen und finanziellen Umsetzbarkeit positiv zu begleiten.

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung gemeinsam mit dem Königreich Dänemark das weitere Vorgehen zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Infrastrukturplanungen auf operativer Ebene erörtern wird.

Der Antrag Drucksache 16/2379 wird zu einem Zeitpunkt nach den Gesprächen der Landesregierung mit der dänischen Regierung erneut Gegenstand der Ausschussberatungen sein.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Ökostrombeschaffung der Landesliegenschaften**

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/2183

(überwiesen am 10. September 2008 an den **Finanzausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

hierzu: Umdrucke 16/3486, 16/3487, 16/3518, 16/3645, 16/3647, 16/3693,  
16/3695, 16/3723, 16/3729, 16/3739, 16/3751

Ohne weitere Aussprache schließt sich der beteiligte Wirtschaftsausschuss mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses auf Ablehnung des Antrags Drucksache 16/2183 an.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Versorgung mit Postdienstleistungen in Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD  
Drucksache 16/1848

(überwiesen am 25. April 2008 an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: Umdrucke 16/3134, 16/3164, 16/3912, 16/3939, 16/3953, 16/3954,  
16/3969, 16/3970, 16/4014, 16/4015, 16/4016

Die Antwort der Landesregierung nehmen die Ausschussmitglieder abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Stand und Perspektiven der kulturellen Entwicklung Schleswig-Holsteins**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD  
Drucksache 16/2276

(überwiesen am 26. Februar 2009 an den **Bildungsausschuss**, den Innen- und  
Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Sozialausschuss, den Finanz-  
ausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung)

Die Antwort der Landesregierung wird vom Ausschuss ohne weitere vertiefte Diskussion abschließend zur Kenntnis genommen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Auf Antrag von Abg. Dr. Garg bittet der Ausschuss die Vertreter der Landesregierung um umgehende Vorlage der Rahmenrichtlinie zur Umsetzung des Konjunkturpakets II. Des Weiteren wird das MWV bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses am 1. April 2009 um einen schriftlichen Bericht über den Stand der Umsetzung des Konjunkturpakets II auch im Vergleich mit anderen Bundesländern gebeten.

Auf Antrag von Abg. Schröder wird das MWV dem Ausschuss zum Konjunkturpaket II auch die sogenannten Positivliste aus der Staatskanzlei zur Kenntnis geben. Wegen der besonderen Dringlichkeit der Angelegenheit sollen die Vorlagen den Ausschussmitgliedern auch per Mail übermittelt werden.

Der Vorsitzende, Abg. Arp, schließt die Sitzung um 10:45 Uhr.

gez. Hans-Jörn Arp

Vorsitzender

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer